

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 14.09.2023

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:46 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiterin: Schriftführer/in:	Frau Rötsch [REDACTED]

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 11.05.2023	1326/23
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Behandlung von Anfragen	
5.1.	Kommunale Impfstelle Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Frau Rothe-Beinlich hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit	0322/23

- | | | |
|------|--|----------------|
| 5.2. | <p>Bürgergeldreform und Schlichtungsstelle
 Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS / DIE GRÜNEN, Frau Rothe-Beinlich
 hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
 Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit</p> | 1032/23 |
| 5.3. | <p>Aufsuchende Sozialarbeit
 Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Frau Rothe-Beinlich
 hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
 Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit</p> | 1033/23 |
| 5.4. | <p>Beantragung Wohngeld
 Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Röttsch
 hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
 Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit</p> | 1413/23 |
| 6. | <p>Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates</p> | |
| 6.1. | <p>Zuzug von "Geflüchteten ohne Erwerbstätigkeit" begrenzen und "Geflüchtete" in Erwerbstätigkeiten vermitteln
 BE: Vertreter der Fraktion AfD
 hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
 Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit</p> | 1297/23 |
| 6.2. | <p>Unbare Grundleistungen als Geldersatzleistungen für Asylbewerber in Form eines lokalen Gutscheinsystems
 BE: Vertreter der Fraktion AfD
 hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
 Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit</p> | 1298/23 |
| 6.3. | <p>Stipendien für Medizin- und Zahnmedizinstudenten
 BE: Vertreter der Fraktion AfD
 hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
 Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit</p> | 1300/23 |
| 6.4. | <p>Benennung eines sozialen Jahresthemas
 BE: Vertreter der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt
 hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
 Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit</p> | 1353/23 |
| 6.5. | <p>Satzung über die Durchführung von Befragungen im Rahmen der kommunalen Teilhabeplanung
 BE: Leiter des Amtes für Soziales</p> | 1757/23 |

- 6.6. Erstellung und Fortschreibung Maßnahmenplan zur Umsetzung der Ziele des Thüringer Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Thür-GIG) **1824/23**
 BE: Vertreter der Fraktion DIE LINKE.
 hinzugezogen: hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit
7. Festlegungen des Ausschusses
- 7.1. Festlegung aus der Sitzung des SAG vom 11.05.2023 zum TOP 7.3 - hier: Vorstellung Suchtpräventionskonzept 2023 I Teil 2 **1209/23**
 BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit
8. Informationen
- 8.1. Bereitstellung von kostenfreien Periodenprodukten in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Erfurt **1242/23**
 BE: amt. Leiter des Personal- und Organisationsamtes
- 8.2. Jahrestätigkeitsbericht und Suchthilfestatistik 2022 der Koordinierungsstelle Psychiatrie- und Sucht **1898/23**
 BE: Leiterin des Gesundheitsamtes
 hinzugezogen: Vertreter der Drogenhilfe "Knackpunkt";
 Vertreter der Psychosoziale Beratungsstelle Erfurt;
 Vertreter des Suchthilfezentrum Michaelisstraße;
 Vertreter der Caritasregion Mittelthüringen des Caritasverband für das Bistum Erfurt e.V. (Suchthilfezentrum S1)
- 8.3. Mündliche Informationen
- 8.4. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Die stellvertretende Vorsitzende, Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung. Frau Röttsch begrüßte die Anwesenden und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung waren 9 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Durch die stellvertretende Vorsitzende, Frau Röttsch, Fraktion FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN, wurden folgende Änderungen der Tagesordnung vorgetragen:

Zum öffentlichen Tagesordnungspunkt 6.1 –

- Zuzug von "Geflüchteten ohne Erwerbstätigkeit" begrenzen und "Geflüchtete" in Erwerbstätigkeiten vermitteln – Drucksache 1297/23 (Einreicher Fraktion AfD)

handelt es sich beim Beschlusspunkt 03 um eine Angelegenheit des übertragenen Wirkungskreises, für die eine Zuständigkeit der Vertretungskörperschaft nicht besteht. Eine entsprechende Stellungnahme ist der Drucksache als Anlage angefügt. Als Vertreterin des Oberbürgerbürgermeisters stellte die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke von daher den Antrag auf Vertagung des Beschlusspunktes 03. Frau Röttsch bestätigte den anwesenden Vertreter der AfD, Herrn Erfurth, der restliche Antrag behandelt wird.

Mit nachstehenden Ergebnis stimmten die Ausschussmitglieder für eine Vertagung des Beschlusspunktes 03 der Drucksache 1297/23:

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Auch beim Tagesordnungspunkt 6.2

- Unbare Grundleistungen als Geldersatzleistungen für Asylbewerber in Form eines lokalen Gutscheinsystems – Drucksache 1298/23 (Einreicher Fraktion AfD)

handelt es sich ebenso um eine Angelegenheit des übertragenen Wirkungskreises für die eine Zuständigkeit der Vertretungskörperschaft nicht besteht, informierte Frau Röttsch. Auch hier ist die dementsprechende Stellungnahme der Drucksache als Anlage angefügt. Als Vertreterin des Oberbürgerbürgermeisters stellte Hofmann-Domke erneut einen Antrag auf Vertagung der gesamten Drucksache 1298/23, da es sich um eine Angelegenheit des

übertragenen Wirkungskreises handelt. Frau Röttsch rief die Ausschussmitglieder sodann zum Votum über den mündlichen Antrag auf Vertagung auf:

Ja 8 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

Somit wurde der Tagesordnungspunkt vertagt.

Aufgrund der Anwesenheit geladener Gäste zu dem Tagesordnungspunkt 8.2

- Drucksache 1898/23 (Jahrestätigkeitsbericht und Suchthilfestatistik 2022 der Koordinierungsstelle Psychiatrie- und Sucht)

unterbreitete Frau Röttsch den Vorschlag, die Informationsdrucksache direkt nach dem Tagesordnungspunkt 4 – Dringliche Angelegenheiten – zu behandeln. Gegen die Vorgehensweise erhob sich kein Widerspruch und der Ausschuss stimmte einstimmig für eine vorgezogene Behandlung der Angelegenheit.

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Aufgrund des thematischen Zusammenhanges empfahl sich laut Frau Hofmann-Domke bei der Behandlung der Tagesordnungspunkte 5.4

- Drucksache 1413/23 – Beantragung Bürgergeld

Auch den Inhalt des nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt 5.1

- Drucksache 0815/23 – Festlegung aus der nichtöffentlichen Sitzung des SAG vom 30.03.2023 zum TOP 7.2 - Drucksache 0603/23 - Information zur Umsetzung der Wohngeldplus-Reform 2023 hier: Umsetzungsstand Wohngeldplus-Reform

mit zu besprechen.

Abschließend votierte der Ausschuss mit folgenden Ergebnis für die geänderte Tagesordnung:

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

3. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 11.05.2023 1326/23

Es wurden weder mündliche noch schriftliche Einwände gegen die Niederschrift vorgetragen.

beschlossen Ja 7 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

Eine Behandlung dringlicher Angelegenheiten war nicht erforderlich.

Nach dem Tagesordnungspunkt erfolgte eine vorgezogene Behandlung des Tagesordnungspunktes 8. 2 – Drucksache 1898/23.

5. Behandlung von Anfragen

- 5.1. **Kommunale Impfstelle** 0322/23
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Frau
Rothe-Beinlich
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für So-
ziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, dankte im Namen der Fragestellerin für die Beantwortung und lobte die Steigerung der Impfquote in den Kommunen. Dennoch erkundigte sich Herr Robeck, inwieweit noch Handlungsbedarf gesehen werde, um die Impfbereitschaft weiter zu fördern. Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Melzer wies auf die ÖGD-Verordnung hin, nach welchen das Impfen eben auch von den Hausärzten mit abgedeckt werde. Frau Hantke äußert Ihre Bedenken darüber, dass eigentlich ausschließlich bei Hausärzten geimpft werden soll. Hierzu verwies sie auf die Ansteckungsgefahren in Arztpraxen. Diverse Praxen würden bereits sogenannte „Impfsprechstunden“ anbieten, um eben ein Infektionsrisiko zu unterbinden, entgegnete Frau Melzer. Grundsätzlich werde durch die Kommune nur bei einer fehlenden Arztbindung das „Impfen“ übernommen.

Herr Robeck fragte, ob weitere Maßnahmen bereits in der ÖGD-Verordnung geplant sind bzw. noch weitere hinzukommen sollten. Frau Melzer erklärte, dass diese Maßnahmen nicht in der ÖGD-Verordnung enthalten sind, da es sich hierbei um eine freiwillige Aufgabe handelt. Grundsätzlich müssen vorrangig die gesetzlichen Pflichtaufgaben erfüllt werden.

Aufgrund der getroffenen Aussagen einigte sich der Ausschuss auf Anraten von Herrn Robeck auf mit 5 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 2 Nein-Stimmen auf folgende Festlegung:

Drucksache 2130/23	Festlegungen Auf Anraten von Herrn Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, wurde durch den Ausschuss folgende Festlegung getroffen: Welche weiteren Impfungen könnten durch den öffentlichen Gesundheitsdienst der Landeshauptstadt Erfurt noch übernommen werden und welche haushälterischen Mittel müssten hierzu zur Verfügung gestellt werden. T: 02.11.2023 V: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit
-------------------------------------	---

zur Kenntnis genommen

- 5.2. Bürgergeldreform und Schlichtungsstelle 1032/23**
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS / DIE GRÜNEN, Frau Rothe-Beinlich
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Bezugnehmend auf die Beantwortung bat Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, noch um Beantwortung folgender weiterer Fragen:

Existieren ausreichend freie personelle Kapazitäten bei der Beauftragten für Chancengleichheit und Arbeitsmarkt, um die Tätigkeit der Schlichterin mit zu übernehmen? Oder besteht ein weiterer Personalbedarf hinsichtlich juristischer Fachkompetenz?

Unter Bezugnahme auf die Beantwortung wurde hinsichtlich des Hinweises über die konkrete Ausgestaltung des Schlichtungsmechanismus um Weiterleitung der vorhandenen „Information zur Ausgestaltung des Schlichtungsverfahrens nach § 15a SGBII“ gebeten.

Durch die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, wurde erklärt, dass man einen praktikablen Lösungsansatz in dieser Form der Ausgestaltung des Schlichtungsverfahrens sehe. Mittels eines bundesweiten Monitorings wird die Entwicklung der Fallzahlen weiter beobachtet, um ggf. nachzusteuern. Sollten sich die Verfahren dennoch häufen, besteht auch die Möglichkeit den Beirat des Jobcenters hinzuzuziehen. Sobald die ersten sechs Monate vergangenen sind, wird der Ausschuss über den neuesten Sachstand informiert. Auf Nachfrage von Herrn Mroß, Fraktion SPD, wann zur nächsten Sitzung des Jobcenter-Beirats eingeladen wird, wurde informiert, dass am 05.12.2023 zur nächsten Sitzung um 15:00 Uhr geladen wird. Hierzu äußerte sich Herr Pfistner, Fraktion CDU, kritisch, dass die angedachten Sitzungstermine grundlegend auf die frühen Nachmittagsstunden fallen und somit die Teilnahme für berufstätige „Ehrenamtler“ kaum umsetzbar ist.

zur Kenntnis genommen

- 5.3. **Aufsuchende Sozialarbeit** 1033/23
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Frau
Rothe-Beinlich
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für So-
ziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Es bestand kein weiterer Klärungsbedarf.

zur Kenntnis genommen

- 5.4. **Beantragung Wohngeld** 1413/23
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Röttsch
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für So-
ziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Einleitend ergriff die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit. Frau Hofmann-Domke das Wort. Durch das Sachgebiet Wohngeld wurde herausragendes geleistet. Es konnten eine Vielzahl von neuen Stellen geschaffen werden und somit weitere Ressourcen aktiviert werden. Mit dem Freistaat müssen noch einige wenige Arbeitsabläufe optimiert werden, so z. B. eine Erhöhung der Rechenläufe, welche derzeit nur zweimal wöchentlich durchgeführt werden. Ergänzend informierte Herr Schellenberg, Leiter des Amtes für Soziales, dass bis zum 29.08.2023 bereits rund 5.500 Neuanträge eingegangen seien. Im gesamten Jahr 2022 waren es indes lediglich 2.700 Anträge. Bis zum vorgenannten Stichtag wurden bereits mehr als 13. Mio. EUR Leistungen bewilligt. Im Vergleich zum Vorjahr mit ca. 7. Mio. hat sich die Bewilligungssumme demnach fast verdoppelt.

zur Kenntnis genommen

6. **Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates**

- 6.1. **Zuzug von "Geflüchteten ohne Erwerbstätigkeit" begrenzen und "Geflüchtete" in Erwerbstätigkeiten vermitteln** 1297/23
BE: Vertreter der Fraktion AfD
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für So-
ziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Es wurde durch die stellvertretende Vorsitzende, Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, nochmals auf den Tagesordnungspunkt 2 verwiesen, wonach der Beschlusspunktes 03 vertagt wurde, da es sich um eine Angelegenheit des übertragenen Wirkungskreises handelt, für welchen eine Zuständigkeit der Vertretungskörperschaft nicht besteht.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, votierte mit nachstehenden Ergebnis der Ausschuss über den Beschlusspunkt 01, 02 und 04:

abgelehnt Ja 1 Nein 7 Enthaltung 0 Befangen 0

- 6.2. Unbare Grundleistungen als Geldersatzleistungen für Asylbewerber in Form eines lokalen Gutscheinsystems 1298/23**
BE: Vertreter der Fraktion AfD
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Es wurde durch die stellvertretende Vorsitzende, Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, nochmals des Tagesordnungspunkt 2 verwiesen.

vertagt Ja 8 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

- 6.3. Stipendien für Medizin- und Zahnmedizinstudenten 1300/23**
BE: Vertreter der Fraktion AfD
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Bezugnehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung erwiderte Herr Erfurth als Vertreter der Fraktion AfD, dass seiner Ansicht nach durchaus ein Mehrbedarf an niedergelassenen Zahnärzten zu erwarten ist, da gerade durch Zuzug die vorhandenen Kapazitäten nicht ausreichend seien. Somit könne der Stellungnahme der Verwaltung nicht gänzlich gefolgt werden. Frau Melzer als Leiterin des Gesundheitsamtes verwies hinsichtlich der angesprochenen Kapazitäten auf eine jährlich durch die Kassenzahnärztliche Vereinigung und Kassenzahnärztliche Vereinigung veröffentlichte Bedarfsplanung. Eine Erhöhung ist demnach nicht notwendig. Zudem existiere bereits das Landarztpraxisstipendien-Programm. Außerdem werde die Schaffung von Konkurrenzkämpfen als Mittel zur Kapazitätssicherung als kritisch eingeschätzt. Vielmehr sollte eine Gesamtlösung unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung verfolgt werden.

Der sachkundige Bürger, Herr Büssow, ergänzte, dass die Einführung ähnlicher Stipendien zu keiner Verbesserung der Versorgung im ländlichen Raum geführt haben. Hierzu wurde durch Herrn Carl, sachkundiger Bürger, ergänzt, dass sich die Landeshauptstadt Erfurt bzgl. der Anzahl an zahnmedizinischen Studienplätzen nicht beklagen kann. Im Freistaat Thüringen standen im vergangenen Semester 60 Studienplätze für Zahnmedizin zur Verfügung. Hierbei sind die meisten Plätze der Stadt Erfurt zugeteilt worden.

abgelehnt Ja 1 Nein 6 Enthaltung 1 Befangen 0

6.4. Benennung eines sozialen Jahresthemas
BE: Vertreter der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für So-
ziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

1353/23

Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt erläuterte nochmals den Hintergrund der von ihrer Fraktion eingebrachten Vorlage. Nach Ansicht der Fraktionsmitglieder werden soziale Themen häufig nicht hinreichend beleuchtet. Es bestehe absolute Offenheit für Themenvorschläge, jedoch sei man mit der Stellungnahme der Verwaltung unzufrieden.

Durch die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke wurde erläutert, dass man bei dem Antrag Parallelen zum kulturellen Jahresthema gesehen habe. Hier werden jährlich finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt.

Momentan arbeite man sehr intensiv an den Vorbereitungen zum „Deutschen Fürsorgetag“. Hierbei ist ein breites Beteiligungsformat eingebunden, um Schwerpunkte zu setzen, welche Sozialen Bereiche in den kommenden Jahren gesellschaftliche Relevanz erhalten sollten. Es wurde durch Frau Hofmann-Domke der Vorschlag unterbreitet, Gespräche zwischen den Fraktionen und den Fachplanern zu führen.

Zudem befinde man sich mitten in den Vorbereitungen zum Endprozess der integrierten Sozialraumplanung, welche eben alle Lebensbereiche berührt. Die Verwaltung habe sich aus diesem Grund schwer getan eine Zielrichtung zu eruieren. Des Weiteren gibt es deutschlandweit festgelegte Gedenktage (Internationaler Tag der Menschen mit Behinderungen, Woche der seelischen Gesundheit, Welt-Parkinson-Tag... etc.), zu welchen die Fachämter mit den unterschiedlichsten Akteuren und Partnern eine Vielzahl von Projekten und Veranstaltungen durchführen. Aufgrund der Vielzahl an bereits regelmäßig durchgeführten Maßnahmen, wäre es ggf. ratsam gemeinsam im Ausschuss eine genauere Zielrichtung festzulegen und die Vorlage noch nicht abzustimmen.

Im Namen der Fraktion CDU kritisierte Herr Pfistner, dass der Verwaltung immer neue freiwillige Aufgaben auferlegt werden. Die Stadtratsmitglieder beschwerten sich ständig, dass die Verwaltung ihre Pflichtaufgaben nicht so gut und so schnell erfüllt, wie es wünschenswert ist. Sollte diesem Beschlussvorschlag gefolgt werden, müssten wieder personelle Ressourcen abgezogen und schlussendlich auch finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Vor diesem Hintergrund kann die Vorlage nicht unterstützt werden.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, empfand die grundlegende Idee, Sensibilität für soziale Themen zu schaffen, durchaus charmant. Dennoch fehle auch der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN eine konkrete Untermauerung der Zielrichtung. Bei einer Überarbeitung der Vorlage sei die Fraktion durchaus bereit die Beschlussvorlage mitzutragen.

Hierzu ergriff Herr Mroß, Fraktion SPD das Wort und fügte an, dass die Stellungnahme der Verwaltung seiner Ansicht nach nachvollziehbar ist. Er unterbreitete den Vorschlag der Verwaltung zu übernehmen und stellte mündlich den nachstehenden Änderungsantrag zum Beschlusspunkt 01:

(Ergänzungen fett und Streichungen durchgestrichen markiert)

„01

Die Verwaltung prüft intern, ~~ob~~ **auf welche Weise** eine Benennung und Anwendung von einem sozialen Jahresthema die Teilhabe von Betroffenen verbessern kann. Das Ergebnis der Verwaltungsinternen Prüfung ist dem Ausschuss Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung im 1. Quartal 2024 vorzulegen. Darauf aufbauend erfolgt die weitere Diskussion im SAG zu einer möglichen Konzepterstellung und deren Beauftragung.“

Aufgrund der vorgebrachten Argumente stellte Frau Röttsch in Namen der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt den Antrag auf Vertagung der Drucksache, um nochmals fraktionsintern über eine konkretere Definition der Zielrichtung zu beraten.

Anschließend stellte Sie den Antrag auf Vertagung zur Abstimmung mit nachstehenden Ergebnis:

vertagt Ja 6 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0

- 6.5. Satzung über die Durchführung von Befragungen im Rahmen der kommunalen Teilhabeplanung 1757/23**
BE: Leiter des Amtes für Soziales

Der Leiter des Amtes für Soziales, Herr Schellenberg erläuterte, dass die hier zur Abstimmung stehende Vorlage dazu diene, die Grundlage zur geplanten Befragung zu schaffen.

Der Ausschuss bestätigte die Entscheidungsvorlage einstimmig mit folgendem Ergebnis:

bestätigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

- 6.6. Erstellung und Fortschreibung Maßnahmenplan zur Umsetzung der Ziele des Thüringer Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Thür-GIG) 1824/23**
BE: Vertreter der Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen: hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes ergriff Frau Schwarz, Fraktion DIE LINKE., das Wort und warb im Namen der Fraktion nochmals um Unterstützung des eingebrachten Antrages. Hierzu entgegnete die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, dass nach Rücksprache mit der Beauftragten für Menschen mit Behinderung/ Beeinträchtigung die vorgegebene Zeitschiene für die Vorlage eines Maßnahmenplans bis zum 31.12.2023 nicht einhaltbar ist. Unter Verweis auf die Stellungnahme der Verwaltung, wurde zudem nochmals erinnert, dass für die Landes-

hauptstadt Erfurt bereits seit einigen Jahren ein lokaler Aktionsplan/ Maßnahmenplan existiert.

abgelehnt Ja 3 Nein 3 Enthaltung 3 Befangen 0

7. Festlegungen des Ausschusses

- 7.1. Festlegung aus der Sitzung des SAG vom 11.05.2023 zum 1209/23**
TOP 7.3 - hier: Vorstellung Suchtpräventionskonzept 2023
I Teil 2
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Melzer erläuterte die Dynamik des Konzeptes und die ständig sich veränderten Inhalte. Gerade im Bereich der beteiligten Akteure gibt es eine stetige Anpassung, Projekte und Angebote die hinzukommen und solche, die nicht mehr angeboten werden. Abschließend kündigte sie für den kommenden Ausschuss am 02.11.2023 die Vorstellung des Maßnahmenplans an.

zur Kenntnis genommen

8. Informationen

- 8.1. Bereitstellung von kostenfreien Periodenprodukten in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Erfurt 1242/23**
BE: amt. Leiter des Personal- und Organisationsamtes

Die Nachfragen von Herrn Mroß, Fraktion SPD, ob die benannten Kosten in Höhe von 2.500 EUR die Gesamtsumme für alle 16 Automaten wären, bejahte die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke. Herr Pfister, Fraktion CDU erkundigte sich weiter, welche Kosten für das Bestücken der Automaten insgesamt zu erwarten sind. Hierzu erklärte Frau Hofmann-Domke, dass für das Befüllen ca. 2.500 EUR benötigt werden und für den Haushalt 2024/ 2025 insgesamt 5.000 EUR vorgesehen sind.

Abschließend lobte Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN die zuständigen Fachämter für die schnelle und unkomplizierte Umsetzung und bat dies auch im Protokoll zu erwähnen.

Es bestand kein weiterer Informationsbedarf.

zur Kenntnis genommen

- 8.2. **Jahrestätigkeitsbericht und Suchthilfestatistik 2022 der Koordinierungsstelle Psychiatrie- und Sucht** 1898/23
BE: Leiterin des Gesundheitsamtes
hinzugezogen: Vertreter der Drogenhilfe "Knackpunkt";
Vertreter der Psychosoziale Beratungsstelle Erfurt;
Vertreter des Suchthilfezentrum Michaelisstraße;
Vertreter der Caritasregion Mittelthüringen des Caritasverband für das Bistum Erfurt e.V. (Suchthilfezentrum S1)

Der Tagesordnungspunkt wurde direkt nach dem TOP 4 – Dringliche Angelegenheiten behandelt:

Nach Aufruf der Drucksache begrüßte die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, im Namen aller Ausschussmitglieder zunächst die geladenen Gäste. Der Einladung folgten:

- Vertreter der Drogenhilfe "Knackpunkt";
- Vertreter der Psychosoziale Beratungsstelle Erfurt;
- Vertreter des Suchthilfezentrum Michaelisstraße;
- Vertreter der Caritasregion Mittelthüringen des Caritasverbands für das Bistum Erfurt e.V. (Suchthilfezentrum S1)

Hierzu bat Frau Röttsch den Ausschuss um Erteilung des Rederechts für die Gäste, welchen einstimmig gefolgt wurde. Das Wort wurde an die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Melzer übergeben. Die Leiterin des Gesundheitsamtes informierte, dass die Arbeit der zuständigen Sozialarbeiterin der Stabstelle Gesundheitsplanung im April 2022 aufgenommen wurde. Frau Melzer erläuterte in Kürze die Tätigkeitsfelder. Im Anschluss erfolgte eine Präsentation¹ zum Jahrestätigkeitsbericht durch die zuständige Sozialarbeiterin der Stabstelle Gesundheitsplanung des Gesundheitsamtes.

Im Nachgang zur Präsentation wurde die Beratung eröffnet. Frau Hantke, Fraktion FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN, erkundigte sich bei den geladenen Gästen, inwieweit das Zuständigkeitsfeld der Streetworker umrissen werden kann. Hierzu erklärte die Vertreterin des Caritasverbands für das Bistum Erfurt e.V., dass grundlegend eine Abgrenzung zu den Jugendstreetworkern gesehen werden muss, denn diese seien für Betroffene unter 27. Jahren zuständig. Durch direktes Ansprechen von Suchtmittel Konsumierenden versuche man in Kontakt zu treten. Aufs Stadtgebiet bezogen, konzentriere man sich auf die Brennpunkte wie die Stadtmitte, das Rieth und das Bahnhofsviertel. Neben einer Abklärung bzw. der Sicherung der Grundversorgung (z. B. Lebensmittelausgabe mit Hilfe der „mobilen BERTHA²“) stehe man jederzeit beratend zur Seite. Im Jahr 2022 erfolgte eine Kontaktaufnahme zu ca. 1225 Personen, von welchen 297 Hilfsangebote in Anspruch genommen haben. Auf Nachfragen von Frau Hantke, ob eine Zusammenarbeit mit „Jugendstreetworkern“ be-

¹ Präsentation zum Jahrestätigkeitsbericht wurde der Niederschrift vom 14.09.2023 als Anlage 1 beigelegt

² Vgl. [BERTHA – Neues Angebot der Streetworker in Erfurt | Erfurt.de](https://www.erfurt.de/aktuelles/bertha)

steht, sollte man eine Gefährdungslage bei unter 27. Jährigen ermitteln, wurde dies bejaht. Zudem wies Frau Hantke auf den Nordpark hin. Ihrer Ansicht sollte dieses Gebiet nicht außen vorgelassen werden, da sich hier allmählich ein weiterer Problembezirk entwickelt. Es wurde erklärt, dass der Nordpark durchaus als „neuer“ Brennpunkt“ bekannt ist. Dennoch werde grundsätzlich weiteres Fachpersonal benötigt, um alle betroffenen Bereiche abzudecken. Derzeit habe man die Arbeit im Nordpark noch nicht aufnehmen können, werde dies aber umgehend umsetzen, sobald mehr Personalkapazitäten zur Verfügung stehen. Unter Bezugnahme auf Psychosoziale Betreuung wurde um Auskunft gebeten, wie lange ein Betreuungsprozess durchschnittlich andauere. Im Jahr werden ca. 500 Personen beraten. Hierbei entstehe bei ca. 56 % eine Landzeitbetreuung, wobei davon auszugehen ist, dass die Patienten durchschnittlich 19 Behandlungseinheiten in Anspruch nehmen.

Die sachkundige Bürgerin, Frau Rudolph und Frau Rötsch wiesen zudem auf die bevorstehende Legalisierung von Cannabis hin. Die Präventionsarbeit werde sich in diesem Bereich verändern müssen. Es stelle sich also die Frage, ob die Beratungsstellen insofern bereits Anpassungen vorgenommen haben bzw. planen. Es erläuterte die Vertreterin der Suchthilfe „Knackpunkt“, dass ab 2024 ein direkter Ansprechpartner für den Bereich „Prävention“ zur Verfügung stehen wird. Es ist durchaus klar, dass ab der Legalisierung die Arbeit noch sachlicher und unauffälliger gestaltet werden muss. Dennoch werden keine extremen Anstiege bei den Konsumenten erwartet, aber eine konkrete, abschließende Prognose kann nicht gestellt werden.

Hinsichtlich der vorgestellten Zahlen erkundigte sich Herr Pfistner, Fraktion CDU, wie die statistische Erhebung grundsätzlich erfolgt, ob alle Sozialträger, welche in diesem Bereich arbeiten beteiligt werden und inwieweit den Trägern eine finanzielle Unterstützung wegen der Zuarbeit zukomme (wegen z. B. Anschaffung und Pflege entsprechender Fach-Software). Seines Wissensstands nach werden nicht alle Träger beteiligt bzw. erhielten nicht alle finanzielle Mittel.

Der Leiter des Amtes für Soziales, Herr Schellenberg, entgegnete hierzu, dass die Übernahme von Kosten nach einer klassischen Kalkulation von Personal- und Sachkosten erfolge. Eine Software-Lizenz-Kostenstelle ist hierbei mitenthalten, welche jährlich fortgeschrieben wird.

Im Zusammenhang mit den aufgeworfenen Fragen von Herrn Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Einführung eines Drug-Checking Modellvorhaben einigten sich die Ausschussmitglieder auf folgende Festlegung:

Drucksache	Festlegungen
2131/23	<p>Der Ausschuss bat um eine dahingehende Information, ob nach Einführung der rechtlichen Möglichkeiten (Verordnung nach § 10 b BtMG über ein Drug-Checking Modellvorhaben) geplant ist, dass die Suchthilfe in Thüringen ein stationäres Modell für Personen mit verhärteten Konsumverhalten plant.</p> <p>T: 02.11.2023 V: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit</p>

Abschließend bedankte sich die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke im Namen aller Mitglieder des Ausschusses bei den Mitarbeitern der Präventionsstelle sowie den Sozialträgern für ihre Arbeit.

Weiterer Klärungsbedarf bestand nicht.

Anschließend wurde der Tagesordnungspunkt 5.1. aufgerufen.

zur Kenntnis genommen

8.3. Mündliche Informationen

Es wurden im Vorfeld zur Sitzung keine mündlichen Informationen eingereicht.

8.4. Sonstige Informationen

Da keine sonstigen Informationen vorlagen, beendete die stellv. Ausschussvorsitze die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung.

Die Nichtöffentlichkeit wurde sodann hergestellt.

gez. Rötsch
stellv. Vorsitzende

gez. 
Schriftführer/in